

Erlangen, 23. Januar 2015

MU-Vorsitzender Robert Pfeffer: „Das Bürokratiemonster Mindestlohn frisst auch Rentner, Studenten und Ehrenamtler“

SPD-Generalsekretärin soll sich für Beschimpfung entschuldigen!

Die Mittelstands-Union (MU) in Erlangen fordert eine rasche Rücknahme der bürokratischen Überregulierung beim Mindestlohn: „Die Betriebe sollen ihren Kunden gute Leistungen anbieten. Stattdessen werden sie von der SPD-Arbeitsministerin Nahles dazu verdammt, ein Bürokratiemonster zu füttern“, sagt Robert Pfeffer.

Zugleich nannte er die Äußerung von SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi zur Kritik an der Mindestlohn-Bürokratie eine „bodenlose Unverschämtheit“: Fahimi sollte sich dafür öffentlich entschuldigen, sagte Robert Pfeffer. Fahimi hatte die Kritik wörtlich als „Krakele“ bezeichnet. Dazu die MU: „Frau Fahimi zeigt mit der Äußerung nur ihre tiefe Ahnungslosigkeit von Betriebsabläufen.“

Die Bürokratie beim Mindestlohn sei gerade für kleinere Betriebe ohnehin schon unerträglich: „Wir haben einen riesigen Aufwand, weil wir auch für geringfügig und Teilzeit-Beschäftigte alle Arbeitszeiten genau aufschreiben müssen. Das können viele von uns nicht mehr leisten“, sagte Robert Pfeffer.

Das betreffe im Übrigen nicht nur Betriebe, sondern auch Vereine und den Sport: „Das Bürokratiemonster Mindestlohn frisst auch Rentner, Studenten und Ehrenamtler.“ So würden auch beispielsweise viele Vereine, die Ehrenamtler beschäftigen, mit Bürokratie überhäuft. Die Folge sei, warnte Robert Pfeffer: „Die machen das dann einfach nicht mehr und stellen ihre Aktivitäten ganz ein.“ Darunter leidet das Vereinsleben, wie Pfeffer aus Gesprächen vor Ort weiß.

Die MU hat sich deshalb in einem Brief an SPD-Generalsekretärin Fahimi und SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles gewandt: „Stoppen Sie das Bürokratiemonster Mindestlohn! Zeigen Sie Respekt für die Leistung unserer Betriebe, Vereine und Ehrenamtler vor Ort!“

Zum Hintergrund:

Eine Verordnung zum Mindestlohngesetz sieht vor, dass Firmen für alle Beschäftigten bis zu einem Monatsgehalt von 2958 Euro brutto Dokumentationspflichten haben und deren exakte Arbeitszeit konkret aufzeichnen müssen. „Bei dieser Höhe ist ein Missbrauch gar nicht

möglich", stellte Pfeffer fest. Denn um diesen Wert zu erreichen, müsste ein Arbeitnehmer mit dem Mindestlohn 29 Tage im Monat 12 Stunden am Tag arbeiten.

Peffers Fazit: „Da steckt Ideologie dahinter: Unsere Betriebe werden unter Generalverdacht gestellt. Dabei schafft der Mittelstand 80 Prozent der Ausbildungsplätze und 60 Prozent der Arbeitsplätze.“

Neben der übermäßigen Bürokratie beim Mindestlohn gebe es noch weitere Probleme wie die Haftung für andere Unternehmen, denen man Aufträge überlasse. „Damit kommen auf unsere Betriebe Risiken zu, die wir nicht schultern können. Wir sollen für etwas haften, was wir gar nicht kontrollieren können. Das kann tödlich sein für Aufträge und Arbeitsplätze.“

V.i.S.d.P.:

Dr. Robert Pfeffer, MU Bezirksvorsitzender Mittelfranken